



CDU KREISTAGSFRAKTION
GIESSEN

CDU Kreistagsfraktion · Spenerweg 8 · 35394 Gießen

An den
Vorsitzenden des
Kreistags des Landkreises Gießen
Herrn Karl-Heinz Funck

DER VORSITZENDE

Claus Spandau

Konrad-Adenauer-Haus
Spenerweg 8
35394 Gießen
Telefon 06 41 – 4 10 56
Fax 06 41 – 4 10 54
E-Mail info@cdu-giessen.de

28. Februar 2017

Änderungsantrag zu Vorlage Nr.: 0223 / 2016

„Präventive Bildungsarbeit zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten“

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die CDU Fraktion bittet Sie, folgenden Änderungsantrag zu Antrag 0223/2016 in der nächsten Sitzung des Kreistages am 6.3.2017 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Kreistag möge abweichend von dem Antrag folgendes beschließen:

1. Die Jugendförderung des Landkreises Gießen sensibilisiert ... für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (**wie z.B. Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie, Islamismus, Islamfeindlichkeit, Linksextremismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Transgender-Diskriminierung**) und erstellt ...
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, ... Handlungsansatz einbezieht.
3. Der Kreisausschuss gibt dem Kreistag halbjährlich einen kurzen Bericht über das Ergebnis seiner diesbezüglichen Aktivitäten.

Begründung

Die CDU-Fraktion hat Zweifel daran, dass es sich bei einem Monitoring bereits um „präventive Bildungsarbeit“ handelt. Sofern aber tatsächlich Jugendliche in das Monitoring eingebunden werden und sich der Verwaltungsaufwand dafür in Grenzen hält, mag das Vorhaben – eine nicht einseitig vorgenommene Tatsachenermittlung vorausgesetzt – aber dazu dienen, nach der Analyse mit einer punktgenaueren Jugendarbeit auf entsprechende Vorfälle und Veröffentlichungen reagieren zu können.

In der Begründung des Antrags der Koalition heißt es:

„Hinter dem Begriff ‚Ideologien der Ungleichwertigkeit‘ steckt die Ausgangsüberlegung, dass scheinbar unterschiedliche Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus, Homophobie,

Rechtsextremismus, Islamismus, bei aller Unterschiedlichkeit im Detail, eines gemeinsam haben: Sie unterscheiden Menschen nach einem oder mehreren Merkmalen, hierarchisieren sie und leiten daraus Legitimationen für Diskriminierungen ab.“

Das stimmt. Deshalb stellt sich die Frage, warum die neben dem Rechtsextremismus existierenden Diskriminierungsmerkmale zwar in der Begründung genannt, aber nicht in den Antragstext aufgenommen worden sind. Dies vermag die im Kreistagsausschuss Schule, Bauen und Sport vorgenommene Beschlussfassung nicht zu ändern. Besser erscheint es, das Monitoring gezielt für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erstellen zu lassen und die Diskriminierungsmerkmale im Antragstext beispielhaft aufzuführen.

Der von der Fraktion „Alternative für Deutschland“ vorgeschlagene halbjährliche Bericht erscheint dem Thema angemessen, die Kosten für das Monitoring dürften hingegen kaum zu beziffern sein, weil es sich im Wesentlichen um Personalkosten handeln wird.

Mit freundlichen Grüßen



Claus Spandau

Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion